

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Wolff, Baerlein & Co., G. L. Daube,
Invalidenten, Berlin, Bern, Brühl, Mar. Gertmann,
Eberhard B. Thienck, Greifswald G. Jülich, Halle a. S.
Jul. Bard & Co., Hamburg, Joh. Voigt, A. Steiner,
William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Sein. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 10. November. Den bevorstehenden
Parlamentsverhandlungen wird von den verschiede-
nen Seiten ein stürmischer Anfang prophezeit.
Es wird eine Debatte über die Entschlüsse der
„Gamb. Nachr.“ angekündigt, bei der die große
Politik auch im Reichstage einmal einer gründ-
lichen Erörterung unterzogen werden solle. Die
Regierung wird über die von ihr im „Reichsan-
zeiger“ bereits abgegebenen Erklärungen nicht
hinausgehen wollen und nicht hinausgehen können,
ohne sich selbst zu desavouieren. Deshalb sind
auch, wie bereits offiziell berichtet worden ist,
von ihr keine Angaben über die Gründe zu er-
warten, die i. J. 3. für die Nichtverlängerung des
Neutraltätsabkommens maßgebend gewesen sind.
Man könnte sich also nur in allgemeinen Förde-
rungen darüber ergeben, ob der Abschlus eines
solchen Vertrages mit Rücksicht auf unser Drei-
bündnisverhältnis zulässig war oder nicht. In
dieser Beziehung läßt unser kündenpörs Wissen
über die Vorgänge kein unbedingt richtiges Urteil
zu. Im Allgemeinen kann aus der verhältniß-
mäßig ruhigen Aufnahme, die die Entschlüsse
in Wien und Rom gefunden haben, doch nur der
Schluß gezogen werden, daß man auch dort bei
dem friedlichen Ziele des Dreibundes keine Ver-
leugung desselben in dem Bemühen gefunden hat,
„den Kriegszustand eine neue Seite anzulegen“. Man
könnte auch über die Zulässigkeit dieser
Entschlüsse selbst Erörterungen anstellen, obwohl
in dieser Beziehung kaum ein Zweifel bestehen
kann. Die Erklärung des „Reichsanzeigers“ ent-
hält, wie wir bereits hervorgehoben haben, in
schönster Form die scharfste Verurteilung der
Indiscretion. Darüber ist, von vereinzelt Aus-
nahmen abgesehen, in der Presse aller Parteien
keine Meinungsverschiedenheit gewesen; und auch
die Debatten im Reichstage würden nur dasselbe
bestätigen. In den letzten Tagen ist zwar der
Versuch gemacht worden, den Fürsten Hohenlohe
aus der Schulpforte zu bringen. Man hat ihm
allerhand Verbindliches über sein Aufreten gegen-
über dem Fürsten Bismarck gesagt, und was
man gesagt hat, ist zutreffend. Um so schlimmer
ist es, daß man auch den Fürsten Hohenlohe ge-
zwungen hat, sich gegen Versuche zu wehren, die
vielleicht Andere treffen sollten, zuletzt aber doch
nur der Politik, für die er die Verantwortlichkeit
trägt, Verlegenheiten bereiten können. Denn
darüber sollte doch auch jeder Zweifel aus-
geschlossen sein, daß die Erklärungen im „Reichs-
anzeiger“ vom Fürsten Hohenlohe ausgehen. Im
Uebrigen kann es ja nicht schaden, wenn der
Reichstag auch einmal über die auswärtige Po-
litik das Wort nimmt.

— Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe,
der sich, wie gemeldet, gestern auf seine Be-
sitzungen im Posenischen begeben hat, gedankt am
12. d. Mts. in Bromberg einzutreffen, um als
Mitglied des Bundes des alten und be-
festigten Grundbesitzes im Regensburger an einer
Repräsentationswahl für das Verordnungsamt zu
nehmen. Die letztere ist erforderlich geworden,
nachdem die Mitgliedschaft des Kammerherrn
und Landraths v. Schwidom, welcher seine
Bestimmung Marquardsdorf veräußert hat, gemäß
§ 8 der Verordnung vom 12. Oktober 1884 er-
loschen ist.

— Aus dem neuen Militärstatut für 1897
bis 1898 ist die „Grants. Ztg.“ in den Stand
gesetzt, folgende Mittheilungen zu machen. Ab-
gesehen von den neuen Formationen, welche aus
der Umwandlung der vierzehn Bataillone zu-
sammengängen und schon im vorigen Sommer
angekündigt wurden, sollen zwei neue Be-
satzungsabtheilungen der Infanterie neben den
vier seit 1891 errichteten gebildet werden. Die
neuen Abtheilungen kommen zum Bataillon Nr.
6 und 17. Die Errichtung erfolgt zum 1. Ok-
tober 1897. Sodann soll die Zahl der Reide-
reiterbataillone von drei auf fünf erhöht
werden, und zwar durch Bildung solcher Ab-
theilungen bei dem 14. und 17. Armee-corps.
Bei der Luftschifferabtheilung, welche seit 1. April
1895 direkt unter der Eisenbahnbrigade steht,
soll eine besondere Lehranstalt errichtet werden,
um das zu den Selbstformationen notwendige
Personal auszubilden. Telegraphenformationen
sind für später in Aussicht genommen, die vor-
angehenden Versuche finden bei der Militär-
telegraphenschule in Berlin statt, welcher dazu
die 5. Kompanie des Garde-Pionierbataillons
zur Verfügung steht. Eine Reihe von Forde-
rungen für das Erziehungs- und Bildungswesen
stehen im Gefolge früherer Bewilligungen. Die
Erhöhung der Zahl der zur Kriegsakademie zu
kommandirenden Offiziere von 300 auf 400
kommt im neuen Statut zum Abschluß; für die
seit 1. Oktober d. J. in der Zahl von 30 wieder
zum Besuch der vereinigten Artillerie- und In-
genieurschule berufenen Offiziere der Feldartillerie
tritt mit 1. Oktober 1897 der obere Lehrgang
mit 20 Offizieren ins Leben. Der neue Stat
steht die Errichtung der Unteroffizierschule in
Greifswald i. B. vor. Eine neue Unteroffi-
zierschule ist in Treptow a. N. in Aussicht
genommen.

Ein neuer Truppenübungsplatz für das 5.
Armee-corps soll in der Gegend von Bielefeld
Nebungsplätze den Anfang machen. In Berlin
sollen die Bezirkskommandos I und II mit ak-
tiven Regimentärkommandanten besetzt werden, wie
dies bisher schon bei den Bezirkskommandos III
und IV der Fall war. Die Zahl der inaktiven
Bezirkskommandanten wird vermehrt, wegen der dop-
pelte Zahl von Kontrolloffizieren eingeht. Für
das Kriegsministerium werden Mittel bezugs-
Einrichtung einer eigenen Druckerei zur Her-
stellung solcher Drucksachen gefordert, deren Ma-
schinensätze nicht aus dem Hause gegeben werden
sollen. Seit dem 1. Oktober erfolgt bereits der
Druck des „Armeeverordnungsblattes“ in der
Reichsdruckerei. Eine Anzahl neuer Beamten-
stellen wird gefordert, ebenso die Einrichtung
eines neuen Remontedepots.

— Die Anlegung der durch die neue Be-
leidigungsvorschrift für Offiziere und Sanitäts-
offiziere des preussischen Heeres vom 28. Mai d. J.
eingeführten Feldbinde wurde f. Zt. durch das
Kriegsministerium ausgesetzt, weil man preussischer-
seits einer Erklärung des Bundespräsidenten
Bismarck, Württembergs und Sachsens entgegen-
gesetzt, wonach die Feldbinde auch dort in die Zahl
der Ausführenden der Offiziere aufgenommen
werden würde. Man glaubte, in dieser Erwartung
um so weniger schlaugen, als Preußen,
wie man erfährt, das Zugeständnis machte, die

schwarze Durchwirkung des Silberbandes durch
eine schwarz und rothe Durchwirkung zu ersetzen
und so für die gesamte deutsche Armee ein Sym-
bol der Zusammengehörigkeit zu schaffen. Aber
der Widerstand Baierns, das sich erforderlich-
falls nur für eine Feldbinde in blau-weiß erklären
zu können vermeint, Sachsens, dessen Ulanen be-
reits von Alters her eine grün durchwirkte silberne
Feldbinde tragen, und Württembergs, das seine
Partikularfarben für „zur Geltung bringen
möchte, hat sich bisher nicht beilegen lassen.
So ist denn unterm 26. Oktober folgende aller-
höchste Ordre durchs „Armeeverordnungsblatt“ be-
kannt gegeben worden: „Für die Truppenteile
aus den Kontinenten der Großherzogthümer
Baden und Oldenburg, der Herzogthümer Braun-
schweig und Anhalt sowie der kaiserlichen Staa-
ten finden die besondern Absichten des Schärpen-
bandes (rothseidener Faden) durch die Länge des
Bandes eingewirkt) auch auf die Feldbinde An-
wendung; hinsichtlich der Ausstattung des Schloßes
hat das Kriegsministerium die Entscheidung über
betreffenden Landesherren einzuholen“. Man ver-
muthet dabei eine Bestimmung über die Großherzo-
gthümer Hessen und die beiden Mecklenburg. So-
mit schmücken das deutsche Offiziercorps jetzt
sieben verschiedenfarbige Feldbinden, eine schwarz-
weiße, eine schwarz-weiß-rothe, eine heffische,
mecklenburgische, bairische, sächsische und württem-
bergische, und das Symbol einer einheitlichen
Feldbinde, das die Zusammengehörigkeit des
Offiziercorps des ganzen deutschen Heeres auch
äußerlich zum Ausdruck gebracht hätte, ist in
weite Ferne gerückt. Es war so schon gewesen,
es hat nicht sollen sein! Auch die Beschlußfide,
die im Modell den Namenszug W. II. führen,
werden voranschicklich noch verworfen, als die
Farben ausfallen. Noch ein Bedenken, ganz ab-
gesehen von der sehr fraglichen Nothwendigkeit
der Feldbinde überhaupt (die alte Schärpe hat
für alle dienlichen Zwecke ihre sehr guten und
ausreichenden Dienste gethan), ist zu erwähnen.
Das Modell ist, und zwar für alle Waffen, mit
einem dunkelblauen Sammetfutter versehen. Die
Militärkleider insgesamt erklären dies schon
jetzt als durchaus unverwendbar für Jäger,
Kürassiere und Dragoner, also diejenigen Waffen
mit helleren Kostümen; bei jeder inneren oder
äußeren Durchdringung des Trägers wird sich das
dunkle Futter mit und Fleck verursachen, die jeder
Reinigungskunst Widerstand leisten. Diesem
Uebelstande, der für jeden Offizier dieser Trup-
pen nicht minder kostspielig werden wird als der
hellerne Paletot, könnte nur dadurch vorgebeugt
werden, daß die Jäger grünes, die Kürassiere
weißes, die Dragoner hellblaues Sammetfutter
für die Feldbinden erhielten.

— Die „Mitt. Ztg.“ erhält folgende Zu-
schrift: Die amtlichen Feststellungen, wie sie in
den für die Verwaltung und Justiz ausgegebenen
Zentralblättern zum Ausdruck gekommen sind,
bieten eine zuverlässige Handhabe, den Stand der
beiden einander verflochtenen Staatsverwaltungs-
zweige einem beachtenswerthen Vergleich zu unter-
ziehen. Die Zahl der Gerichtsreferendare, 3315
am 1. September 1895, ist auf 3453 gestiegen.
Die Zahl der Gerichtsassessoren ist von 1720 im
Vorjahre auf 1728 angewachsen. Regierungs-
Assessoren waren vorhanden am 1. September
1895 584, 1896 611. Der älteste Regierungs-
Assessor datirt vom 12. Mai 1888. Ueberhaupt
sind vorhanden Regierungsassessoren aus 1888
57, 1889 34, 1890 86, 1891 75, 1892 104,
1893 93, 1894 78, 1895 58, 1896 26. Dahin-
gegen zählt die Justizverwaltung Assessoren aus
1883 1, 1884 3, 1886 2, 1887 16, 1888 37,
1889 65, 1890 119, 1891 184, 1892 298, 1893
253, 1894 292, 1895 377, 1896 444. Das
Dienstalter der Gerichtsreferendare reicht zurück
bis 1884. Zwischen der Ernennung zum Referen-
dar und der Ernennung zum Assessor liegt
ein Zeitraum von durchschnittlich 5 Jahren 7
Monaten. Die jüngsten Regierungsräthe sind
Assessoren aus 1883; dahingegen sind die richter-
lichen Beamten bei den Amts- wie Landgerichten
erst seit 1882, also 14½ Jahre nach der Ernennung
zum Assessor zu Gerichtsräthen ernannt
worden. Der Eintritt in das Landrathsamt er-
folgte bei den jüngsten Ernennungen zwei Jahre
nach zurückgelegtem Assessor-Examen. Die un-
günstige Stellung der Justiz im Vergleich zur
Verwaltung tritt noch schärfer hervor bei den
Gehaltsverhältnissen. Das Anfangsgehalt beträgt
bei der Justiz 2400, im Landrathsamt 3600, bei
den sonstigen Verwaltungsämtern 4200 Mark.
Das Höchstgehalt beträgt bei der Justiz wie bei
der Verwaltung 6000, beim Landrathsamt aller-
dings nur 4800 Mark. Inbezug beziehen die
Oberregierungsräthe, soweit sie Stellvertreter des
Präsidenten sind, eine pensionsfähige Zulage von
1800, die übrigen Oberregierungsräthe wie die
Verwaltungsgerichtsdirektoren 900 Mark Zulage.
Das Höchstgehalt wird im Landrathsamt schon
nach 12, bei den andern Verwaltungsämtern in
15 Jahren erreicht. In der Justiz hingegen
wird das Höchstgehalt in Folge der bisherigen
Vorenthaltung des Dienstalters-Zulagen-systems
theilweise, so z. B. im Kammergerichtsbezirk, in
den Oberlandesgerichtsbezirken Breslau, Celle,
Damm, erst nach 33-35jähriger richterlicher
Thätigkeit erreicht. Die Mehrzahl ist darum
naturgemäß davon ausgeschlossen. Der Verband
des Oberlandesgerichtsbezirks Köln erfreut sich
wegen der hier notwendig gewordenen starken
Vermehrung der richterlichen Beamten einer
großen Bevorzugung. Hier wird das Höchstge-
halt fast 10 Jahre früher erreicht als in den
borgenannten Oberlandesgerichtsbezirken.

— In Danzig ist gestern unter dem Vor-
sitz des Oberpräsidenten von Gohler eine
Konferenz zur Beratung über die Errichtung
von Konvikts zusammengetreten, an der den
„Neuest. Nachr.“ zufolge der Vorstand der west-
preussischen Landwirtschaftskammer, Vertreter
der Kaufmannschaft, der städtischen Behörden
und der Landwirtschaft theilnahmen. Das
Landwirtschaftsministerium ist durch Dr. Thiel
und Oberbaurath Conrad, das Ministerium der
öffentlichen Arbeiten durch Oberregierungsrath
Möhlhausen und Oberbaurath Giesler vertreten.

— Zum konföderativen Delegirten-
tag nach dem Reichs-Tag, „Baterland“ be-
merkt das Leipziger „Baterland“:
„Nach den von uns eingezogenen Erkun-
dungen war vom Wahlverein der deutschen
konföderativen beabsichtigt, unmittelbar nach Zu-
sammentreten des preussischen Landtags einen
konföderativen Delegirten-Tag in Dresden abzu-
halten und mit diesem eine öffentliche Versam-
lung zu verbinden, in der hervorragende
Parlamentarier die Stellung unserer Partei zu
den brennenden Zeitfragen (Handwerkers, land-
wirtschaftliche und Währungsfrage) und ihre
Ansichtungen über die innerpolitische Lage ent-
wickeln sollten. Hieron wurde schließlich, wie
wir mit Bedauern konstatiren, Abstand ge-
nommen und ein Delegirten-Tag nach Berlin einbe-
rufen, an dem nur die Reichstagsmitglieder, die
Vorstände der konföderativen Landtagsfraktionen,
die Herren des 50er Ausschusses und deren
Stellvertreter theilnehmen werden. Die Vorstände
konföderativer Organisationen können schon mit
Rücksicht auf das bestehende Vereinsgesetz nicht
geladen werden. Wie man sieht, handelt es sich
somit in der Hauptsache um eine parlamentarische
Zusammenkunft, nicht aber, wie vielfach ange-
nommen wurde, um einen allgemeinen konföderativen Parteitag.“

Die „Konf. Korrespondenz“ entgegnet dar-
auf: Das Organ des Landesvereins der konföderativen in Königreiche Sachsen hat sich leider
entweder an der unrichtigen Stelle erkundigt,
oder es hat die ihm gewordenen Aufschlüsse
mißverstanden. Die Zusammenkunft des Dele-
girtentages stand von je her statutenmäßig fest,
sie wäre in Dresden genau dieselbe gewesen,
wie sie es in Berlin sein wird. Von der Wahl
der sächsischen Königsstadt als Zusammenkunftsort
hat lediglich wegen ungenügender Konstellation
der in Aussicht genommenen Tage Abstand ge-
nommen werden müssen; dagegen ist ausdrücklich
baran festgehalten, daß in der nächsten Zeit
eine wie oben charakterisirte Volksversammlung
in Dresden stattfinden soll. Die Einladung der
Vorstände konföderativer Organisationen zum
Delegirten-Tag ist niemals in Frage gekommen,
von einem „allgemeinen konföderativen Parteitag“
ist niemals die Rede gewesen. Was die
Bemerkung betrifft, der Delegirten-Tag sei in der
Hauptsache eine parlamentarische Zusammenkunft,
so ist zu erwidern, daß der Vorstand des Wahl-
vereins sowie die betreffenden Stellvertreter zu
fast zwei Drittel durch freie Wahl der Partei-
mitglieder im Reich delegirt und daß die Ver-
trauensmänner sowie die Vertreter der Presse
mit wenig Ausnahmen nicht Parlamentarier
sind. Die Unterstellung des sächsischen Organs
beruht also auf Unkenntnis der Verhältnisse. Es
ist zu bedauern, daß ein Organ der konföderativen
Partei als erstes das Wort zu dem Ver-
suche ergreift, den Delegirten-Tag von vornherein
zu diskreditiren. Solche friedensstörende Arbeit
sollte man doch den Gegnern überlassen.

Dresden, 9. November. Ein Extrablatt des
„Anhaltischen Staatsanzeigers“ meldet die Ver-
loerung der Prinzessin Alexandra von Anhalt-
Dessau mit dem Prinzen Sigis von Reutenberg.
Frankreich.
Paris, 9. November. Der Republik Arthur
Loth, Mitarbeiter der „Berichte“, hält an seiner
bereits erwähnten Behauptung fest. Kaiser
Wilhelm habe vom 6. bis zum 8. Oktober
während der Ruffenreise in Paris gewohnt.
Wilhelm II. verließ die Stadt am 8. Oktober
„Gautois“, ist nicht unermüdet nach Frank-
reich gekommen. Er hatte die Regierung offiziös
von seiner Absicht, den Jarenfesten intognito
beizuwohnen, unterrichten lassen. Die Regierung
wünschte sich diesem Wunsch nicht widerlegen zu
sollen, und traf die erforderlichen Maßregeln.
Die Direktion der Ostbahngesellschaft erhielt die
Weisung, einen Sonderwagen für die Reise des
Monarchen nach Paris und dann nach Chalons
zu liefern. Dienstag, den 6. Oktober, wirkte
die Regierung, daß Wilhelm II. sich des Abends
in der Nähe der Oper befinden würde. Der
Premierminister befehligte den Oberst des Regi-
ments berittener Jäger, das auf dem Opernplatz
Dienst hatte, zu sich und ertheilte ihm in Gegen-
wart des Ministers des Innern Barthou Anwei-
sungen für den Fall, daß der Kaiser erkannt wer-
den sollte. Der Oberst mußte jede feindselige
Kundgebung unterdrücken und nöthigen Falls den
Platz räumen lassen. Die Regierung hatte es nicht
für geeignet gehalten, den Jaren von der Anwesenheit
Wilhelms II. in Kenntniß zu setzen. Donnerstag,
den 8., war Kaiser Wilhelm in Versailles.
Dort wurde er in der Spiegelgalerie von Niko-
laus II. erkannt: die Blicke der beiden Herrscher
kreuzten sich. Eine hohe Persönlichkeit im Ge-
folge des Jaren wurde die flüchtige Erregung
Nikolaus' gewahrt, folgte der Richtung seiner
Augen und erkannte nun ebenfalls den deutschen
Kaiser. Sie theilte ihre Wahrnehmung mehreren
Personen mit, u. A. dem Konservator des Mus-
seums von Versailles, der den Jaren auf dem
Gange durch den Palast begleitete, Herrn de
Nothac. Noch am gleichen Abend sprach man
davon in Versailles, wo das Gerücht eine ge-
wisse Aufregung verursachte. Von Versailles be-
gab sich Wilhelm II. nach dem selben Abend nach
Chalons. Dort wohnte er bei der Truppenkammer
mit gespannter Aufmerksamkeit bei. Der Gene-
ral de Boisdeffre und der ganze große General-
stab wußten nun seine Anwesenheit. Man sprach
davon vor der Keme. Generale und Offiziere
suchten ihn zu erkennen. Mehrere haben ihn
auch wirklich gesehen.

Paris, 9. November. In der obligaten
Leichenrede auf den Abbe d'Hulst, den royalisti-
schen Abgeordneten von Dreß, war der radikale
und namentlich antikirchliche Präsident Wiffon,
wie nicht anders zu erwarten war, sehr tactvoll.
Eine kleine Spitze vor höchstens darin zu sehen,
daß Briffon hervorhob, d'Hulst habe, wie sein
Vorgänger Bischof Freppel, sich mit Vorliebe mit
Unterdrückungsfragen beschäftigt, da er wohl wußte,
daß „wer die Schule hat, die Zukunft hat“. Briffon
erinnerte darüber seine eigenen Freunde an die
bedeutende Thatsache, daß in den letzten
Jahren der Besuch der geistlichen Privatschulen
gestiegen, derjenige der religiösen öffentlichen
Schulen dagegen gefallen ist. Es ist freilich
leichter, die Thatsachen zu konstatiren, als ein
wirksames Mittel dagegen zu erfinden.

Italien.
Rom, 9. November. Der Papst emp-
fing heute den Monsignore Macario in längerer
Audienz.

Spanien und Portugal.
Einer Meldung aus Manila zufolge sind
vier Expeditionskolonnen in der Provinz Cavite
gelandet und haben die Operationen gegen die
Aufständischen begonnen.

In der „Epoca“ wird der Nachweis zu füh-
ren gesucht, daß bisher bereits unter dem Ober-

kommando des Generals Blanco alles Mögliche
geschehen sei, wenn in Betracht gezogen werde,
daß zunächst nur 1000 spanische Soldaten und
6000 bis 8000 Mannschaften Eingeborener den
40 000 bis 50 000 Aufständischen gegenüberstän-
den. Trotzdem ist es, wie in dem Artikel her-
vorgehoben wird, gelungen, in Mindanao die Dis-
ziplin und die Interessen des spanischen Mutter-
landes aufrecht zu erhalten, wie denn auch in
Solo die Gefahr rasch beschworen worden sei. In
der „Epoca“ wird weiter angeführt, daß die
sieben bis acht Millionen Eingeborener der
Philippinen nach wie vor an der spanischen Regie-
rung festhalten, und daß nur einige Dörferchen der
Provinz Cavite eine „bellagierende Ausnahme“
bilde. „Seit Cortez“, bemerkt das Madrider
Blatt nicht ohne Ueberbühnlichkeit, „gibt es
nichts so Ewiges wie diese Befestigung des
spanischen Vaterlandes, die durch ein Heer von
1000 Mann gegenüber 40 000 Aufständischen er-
folgt.“ Die „Epoca“ ist zugleich bemüht, die
Verdienste des Generals Blanco in dieser Be-
ziehung hervorzuheben. Dann muß aber auf-
fallend ergriffen, daß dieser durch General Bo-
lavia erstet werden soll, der sich, wie gestern
aus Barcelona telegraphisch gemeldet, dort nach
Manila eingeschifft hat. Auch steht die immerhin
beträchtliche Zahl von 40 000 Aufständischen
nicht im Einklang mit der Behauptung, daß nur
„unos cuantos pueblos“, eine Anzahl Dörferchen
der Provinz Cavite im Aufstande begriffen sei.

England.

Die britische südafrikanische Gesellschaft hatte
auf den 7. d. M. eine außerordentliche Versam-
mlung ausgeschrieben, um das Kapital der Gesell-
schaft um 1 000 000 Pfund zu erhöhen. Es war
das erste Mal seit dem Jameson'schen Einfall,
daß die Aktionäre entboten wurden. Die ordent-
liche Generalversammlung soll erst nach Beendi-
gung der parlamentarischen Unternehmung statt-
finden. Der alte Herzog von Abercorn, der schon
manchen Sturm beschwichtigt hat, führte wiederum
den Vorsitz und unter den Anwesenden befand
sich u. a. auch der Schwiegersohn des Prinzen
von Wales, der Herzog von Fife. Der Vor-
sitzende vermachte allerdings nicht viel trost-
pende Nachrichten mitzutheilen. Aufstand und
Minderheit sind die Hauptereignisse Rhodesias ge-
wesen und reiche Goldfunde bilden vor der Hand
nur eine Hoffnung. Im letzten Februar hatte
die Gesellschaft noch 500 000 Pfund in der Hand.
Diese Summe ist aufgebraucht und mit ihr auch
die 1 500 000 Pfund, die im letzten Juli aufge-
nommen wurden. Die Minderheit hat die Ver-
probanzierung Rhodesias' äußerst kostspielig ge-
macht. Eisenbahnen bestehen nicht und Ochsen-
transporte müssen alles zum Leben Nothwendige
herbeischaffen. Der Aufstand in Rhodesia ist
schon hundertmal todgefährdet worden. Der Herzog
von Abercorn befehlte ihn gestern nochmals in
aller Form. Die Militärbehörden glauben, daß
die 200 Infanterie und 600 Säugetiere zur Sicher-
ung von Leben und Eigenthum im Matabele-
lande genügen. Der Administrator Carl Grey
meint, daß die Summe von 1 000 000 Pfund, die
durch Ausgabe neuer 2 Pfund-Aktien beschafft
werden soll, ausreichend ist, damit die Gesellschaft
bis zum Ende September 1897 durchkommt. Der
Herzog ist ein bedeutend sanguinischer Mann. Er
erwartet, daß Rhodesia schließlich so viel abwerfen
wird, wie die Verwaltungskosten verschlingen.
Von Gold und Diamanten redete er allerdings
dieses Mal nicht. Land und Bazarren steigen
in Preise, das war ziemlich alles, worauf der
Herzog seine Hoffnung gründen konnte. Der
Jameson'sche Einfall wurde ziemlich kurz, aber
beachtlich abgeferigt. Erst müsse die Parla-
mentskommission ihre Untersuchung zu Ende ge-
führt haben (was entschieden ein, zwei oder drei
Jahre in Anspruch nehmen wird). Dann solle
die ordentliche Generalversammlung einberufen
werden. Dasselbe Hinderniß stehe dem Rücktritt
von Rhodes und von Beit im Wege. Jedenfalls
erwies diese beiden Herren der Gesellschaft noch
gute Dienste. Der Antrag, das Kapital der Ge-
sellschaft auf 3 500 000 Pfund durch Ausgabe von
neuen Aktien zu erhöhen, schloß die Ansprache.
Der Herzog von Fife unterstützte den Vorschlag
seines Vaters. Große Opposition erregte
namentlich der Plan des Direktoriums, 300 000
Aktien „unterschreiben“, d. h. gewissen Personen
zuvor zu suchen zu lassen. Ein Aktionär stellte
die biftige Frage, ob etwa der Schadenerlass, den
Präsident Krüger fordere, mit dem neuen Gebe
beglückt werden solle. Nach manchem harten
Sträus genehmigte die Versammlung schließlich
die Ausgabe von 1 000 000 Pfund-Aktien, er-
klärte sich aber gegen die Vergebung von 300 000
Aktien an Bezugszue.

London, 9. November. Der deutsche Kaiser
hat dem Kapitän des britischen Dampfers
„Tafna“, Orchard, eine goldene Uhr und sein
Bildnis verliehen für die Dienste, welche der
Kapitän bei dem Unfall der Gieslether Dart
„Alhene“ geleistet hat. Die deutsche Regierung
hat den Mayor von Gloucester ersucht, das
Bildnis und die Uhr an Orchard, welcher in
kurzer Zeit in Gloucester erwartet wird, aus-
zuhändigen.

London, 9. November. Der heutige Umzug
des neuen Lordmayors Philipps nahm bei
günstiger Witterung unter dem Zusammenfluß
hunderttausender von Menschen einen glänzenden
Verlauf. Der Festzug trug vorwiegend militä-
risches Gepräge, das Dragonerregiment, dessen Chef
der Jar ist, bildete das Geleit. Der Lord-
mayor wurde auf seinem ungewöhnlich langen,
durchweg festlich geschmückten Wege durch be-
geleitete Ehrungen ausgenommen. Die Ordnung
wurde nirgends gestört, obwohl mehr Volk auf
den Straßen war, als in früheren Jahren.

London, 9. November. An dem heutigen
Londoner Bankett in Guildhall nahmen Theil
der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten, Bayard,
die Gefandten von Dänemark, den Niederlanden,
von Japan, Serbien und Schweden, der Premier-
minister Lord Salisbury, der erste Lord der
Admiralität, Goshen, der Vizepräsident des
Gemeinen Rathes, Herzog von Devonshire, der
Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, der
Parlament's-Unterschatzler Curzon, der Lord
Großkanzler, Lord Halsbury, der Oberbefehl-
haber der Armee, Viscount Wolseley, Kitchener-
Pacha, der diesseitige Vorkämpfer in Paris, Sir
G. Monson, mehrere Richter und sonstige herbor-
ragende Persönlichkeiten. Lord Salisbury und
Kitchener Pacha wurden mit großem Beifall
beglückt. Bayard beantwortete den Toast des

Lordmayor auf die Vertreter fremder Staaten
Lord Salisbury den Toast auf das Ministerium.

Rußland.

Petersburg, 9. November. Die „Nowoje
Bremja“ bespricht in ihrer gestrigen Nummer
den Ausfall des englischen Unterstaatssekretärs
für die Kolonien, Earl of Selborne, gegen
Deutschland und sagt, es sei schwer begreiflich,
wie die britische Regierung darauf rechnen könne,
ein derartiger Ausfall könne Deutschland zur
Trennung von Rußland und Frankreich in der
Orientfrage anregen. Kaiser Wilhelm II. gehöre
nicht zu denen, die man durch herausfordernde
Worte oder durch ungehörige und scharfe Aus-
fälle einschüchtern könne. Kaiser Wilhelm sei
seiner persönlichen Charaktereigenschaften nach
gerne bereit, einen Schlag mit einem Schlage zu
beantworten. Selbornes präventive Ansprüche
auf Südafrika könnten nicht allein von Deutsch-
land als Herausforderung aufgefaßt werden und
würden es auch nicht, sie gälten ebenso gut den
anderen Seemächten des Kontinents, welche von
der Wichtigkeit durchdrungen seien, die es habe,
daß der Seeweg nach Ostindien sich nicht allein
in den Händen Englands befinde. Dies habe
Kaiser Wilhelm mit klarem Blick auch eingesehen,
als er so energig gegen die Annexion Transvaals
protestirte. „Wir glauben zu wissen“, sagt
die „Nowoje Bremja“, daß Rußland und Frank-
reich, Deutschland ihre Unterstützung nicht vor-
enthalten werden, wenn England es wagen sollte,
den in der Euburger Rede verkündeten Plan
zu verwirklichen. Die Rede Selbornes dürfte
ein offenes Eintreten Deutschlands in das fran-
zösisch-russische Programm im Orient zur Folge
haben, was natürlich auch eine rasche Ordnung
der ägyptischen Frage erleichtern würde.

Türkei.

Konstantinopel, 9. November. Der russische
Botschafter v. Meidow wurde gestern vom Sultan
in Abschiedsaudienz empfangen und hat sich heute
auf Urlaub nach Petersburg begeben.

Asien.

Aus Korea veröffentlicht die „Petersb.
Abz.“ einen recht lehrreichen Bericht über die
innere Lage des Landes und die Stellung der
Russen:

Der König befindet sich noch immer im
Gebäude der russischen Mission, obgleich die Be-
wässerung schon lange eine Ueberflutung deselben
in den eigenen Palast unter dem Schutz
seiner eigenen Armee fordert. Der zweite Sohn
des Königs, der in Tokio erzogen wurde, ist nach
Hause gebracht worden; was man in Zukunft
mit ihm machen wird, ist schwer zu sagen, da
seine Einweisung zu Japan allgemein bekannt ist;
andererseits ist der Kronprinz, der gegen-
wärtig 22 Jahre zählt, fast ein Kretin und hat
nach Meinung der Aerzte Anlage zur Wahn-
sinn. Die Beziehungen zwischen dem Könige
und unserem (dem russischen) Bevollmächtigten
sind, wie früher, fest auf gegenseitiges Vertrauen
gegründet. Die übrigen den König umgebenden
Personen, seine sogenannten Minister, sind
Leute, die sehr freie Begriffe über das Mein
und Dein haben und die in der Wahl ihrer
Mittel durchaus nicht wählerisch sind. Der
Aufenthalt des Königs in dem Gebäude unserer
Mission hat die einigermaßen gezügelte, und die
Ersparsnisse, die in der Administration des Hofes
in der letzten kurzen Zeit gemacht sind, betragen
2 Millionen Dollar; nichts desto weniger wer-
den Diebstähle und Erpressungen fortgesetzt, aber
den neuen Verhältnissen gemäß. Der Minister
des Hofes (Prinz von Gessit) wurde kürzlich
desen überführt, daß er eigenmächtig den Trans-
port von Holz und Kohlen nach Seul mit einer
Steuer belegt hatte. In kurzer Zeit hatte er
dabei 15 000 Dollar verdient; ein anderer Mini-
ster stahl von der königlichen Tafel zwei Flaschen
Wein, verkaufte diese den Matrosen unserer
Schiffe, wobei er vom wachhabenden Offizier
ertrappt wurde. . . . Im Allgemeinen ist unsere
Bedeutung in Korea durch die Ereignisse dieses
Jahres bedeutend gewachsen, aber einen nennens-
werthen Vortheil haben wir auf keinem Gebiete
erlangt. Sowohl aus den Zeitungen wie aus
sonstigen Nachrichten sehen wir, was für Re-
sultate die amerikanischen, französischen, deutschen
Unternehmer erzielen, und erfahren mit Verwun-
derung, daß wir Russen mit ihnen nicht gleichen
Schritt halten können. Woher mag das kom-
men? — Im Anfang dieses Jahres wurde in
Seul eine russische Schule eröffnet, deren Lehrer
ein verehablichter Artillerieoffizier, Witulow, ist.
Die Mittel der Schule sind jedoch beschränkt und
sie kann nicht mit der daselbst schon früher er-
richteten englischen Schule konkurriren. Auch eine
allmähliche Organisation der koreanischen Armee
ist vorgenommen. . . .

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. November. Gestern Vor-
mittag fand im Sadow-Potel in Berlin eine
außerordentliche Versammlung der See-
berufsgenossenschaft statt, in der zahl-
reiche Vertreter der einzelnen Sektionen er-
schienen. Nach Eröffnung der Versammlung
durch den Vorsitzenden Laßfchamburg begrüßte
der Geh. Ober-Regierungsrath v. Jonquieres die
Versammlung im Namen des Reichsamts des
Innern, versicherte sie des regen Interesses der
Regierung und wies im Hinblick auf die Wichtig-
keit der zur Verathung stehenden Frage über die
„wasserbüchigen Schotten“ auf den Wunsch der
Regierung hin, noch vor Zusammentritt des
Reichstages zu einem festen Entschlusse zu ge-
langen. Nachdem Direktor Pfarrus sich im
Namen des Reichsversicherungsamtes in ähn-
lichem Sinne ausgesprochen hatte, wurden die
von der Seebereitschaft in Verbindung
mit dem Germanischen Lloyd ausgearbeiteten
Vorschlägen über wasserbüchige Schotten für
Passagierdampfer in außerordentlicher Fahrt mit
nur unwesentlichen redaktionellen Veränderungen
nach lebhafter Debatte angenommen, in welche
die Vertreter der Regierung und der großen
Aboherde wiederholt eingriffen. Es wurde so-
dann noch eine Reihe weiterer Abänderungen
angenommen, welche größtentheils bereits in den
Sektionen zur Annahme gelangt waren. Nach-
dem Johann der Geh. Rath v. Jonquieres der
Befriedigung der Reichsregierung Ausdruck ge-

Prof. Dr. Heinrich Lieber,
Ritter des rothen Adlerordens,
in Folge eines Schlaganfalls aus dem Leben
gehenden. Die Friedrich-Wilhelms-Schule ver-
liert in ihm ihren vorzüglichsten Lehrer,
durch die fünf ihm ausgebildete Lehramtskade-
 eines weiten Rufes im Inlande und Auslande
genos. Wir Lehrer betrauern den Verlust eines
liebenswürdigen, freundschaftlichen Kollegen und
werden sein Andenken theils in Ehren halten.

Stettin, d. 10. November 1846.

**Direktor und Lehrerkollegium der
Friedrich-Wilhelms-Schule.**

Dr. Fritzsche.